„Wir halten Facebook für marktbeherrschend“

Bundeskartellamtspräsident Mundt über die Internetwirtschaft und die Folgen der Air-Berlin-Pleite

Seit 60 Jahren wacht das Bundeskartellamt über den Wettbewerb in Deutschland. Präsident Andreas Mundt spricht im Interview über die Herausforderungen der Internetwirtschaft, die Folgen der Air-Berlin-Pleite und seine Wünsche an die neue Bundesregierung.

Von Manuel Glasfort

Herr Mundt, seit der Gründung Ihrer Behörde 1958 hat sich die Welt stark verändert. Gilt das auch für das Kartellamt?

Die Schwerpunkte des Amtes haben sich gewandelt. Wir haben uns immer wieder neuen Branchen und Industrien zugewandt. Das ist aber auch folgerichtig, weil wir den Anspruch haben, dass wir der Wirtschaft folgen – und die hat sich in der Zeit auch dramatisch verändert. Da müssen wir Schritt halten.

Eine vergleichsweise junge Branche ist die Internetwirtschaft. Vor welche Herausforderungen stellt sie Wettbewerbshüter?

Die Probleme liegen auf der Hand. Erstens haben wir es aufgrund bestimmter Effekte mit sehr großen Unternehmen zu tun. Bei Facebook greift beispielsweise das Prinzip, dass Nutzer andere Nutzer anziehen. Bei anderen Unternehmen wie Amazon haben sie indirekte Netzwerkeffekte. Da gibt es viele Nutzer, die viele Anbieter anziehen, und die vielen Anbieter ziehen wiederum neue Nutzer an. Das zweite Problem ist der Zugang zu Daten und damit der Effekt, dass die Unternehmen, die eine gute Datengrundlage haben, auch einen Wettbewerbsvorteil haben. Diese Effekte führen dazu, dass wir es regelmäßig mit Quasi-Monopolisten zu tun haben. Im Internet funktioniert die schöne ordnungspolitische Vorstellung oft nicht, nach der sich viele Anbieter gegenseitig Marktanteile streitig machen.

Facebook würde argumentieren, dass die Nutzer auch andere Plattformen nutzen könnten...

Natürlich gibt es theoretisch diese Möglichkeit, aber wir halten Facebook für marktbeherrschend. Wenn Sie sich die Zahl der täglich aktiven Nutzer ansehen oder die Zahl der Konten, dann hat jemand, der ein soziales Netzwerk nutzen will, wenig Ausweichmöglichkeiten.

Die Macht der Internetkonzerne treibt Bundeskartellamtspräsident Andreas Mundt um. Foto: dpa

Die Aufgaben der Bonner Wettbewerbshüter

Das Bundeskartellamt soll einen funktionierenden Wettbewerb gewährleisten. In den ersten Jahren nach der Gründung 1958 beschränkten sich die Aufgaben auf die Kartellverfolgung und die Missbrauchsaufsicht. Wenn Firmen illegale Absprachen treffen oder ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchen, greift die Behörde ein. Seit 1973 gehört auch die Fusionskontrolle zu ihrem Aufgabenspektrum. Schadet eine Fusion dem Wettbewerb, kann das Kartellamt sie untersagen. Große Fusionen kontrolliert aber meist die EU-Kommission. Das Bundeskartellamt ist zudem seit 1999 dafür zuständig, Vergabeverfahren des Bundes zu überwachen. Seit Kurzem haben die Wettbewerbshüter auch Aufgaben im Verbraucherschutz. In Sektoruntersuchungen werden Wirtschaftszweige auf Verstöße gegen Verbraucherrechte durchleuchtet. *mgl*

Was folgt daraus?

Vor diesem Hintergrund haben wir zwei Aufgaben. Erstens müssen wir die Märkte offen halten. Marktzutritte von neuen Unternehmen müssen möglich bleiben. Zweitens müssen wir dafür Sorge tragen, dass diese starken Unternehmen ihre Marktmacht nicht missbrauchen; sei es gegenüber Verbrauchern oder auch gegenüber Wettbewerbern. Beim Online-Handel ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass nicht am Ende nur noch die ganz Großen oder die Hersteller selbst im Netz verkaufen.

Welche Sanktionsmöglichkeiten hätten Sie gegen Facebook?

Wir sind bei Facebook nicht in einem Ordnungswidrigkeitenverfahren. Mit anderen Worten: Es wird keine Geldbuße geben. Wenn wir das Geschäftsmodell von Facebook für nicht wettbewerbskonform halten, können wir dem Konzern untersagen, es in der Form fortzusetzen. Das ist schon ein scharfes Schwert. Facebook dürfte dann nicht mehr auf Drittwebsites Daten von Nutzern sammeln, ohne dass diese eine Vorstellung davon haben, was da gerade passiert. Aber so weit sind wir noch nicht, das Verfahren läuft ja noch.

Sorge um den Wettbewerb gibt es auch in der Luftfahrt nach der Air-Berlin-Pleite. Sie prüfen, gegen die Lufthansa wegen ihrer Preispolitik vorzugehen. Wie weit sind Sie damit?

Es hat viele Beschwerden gegeben, vor allem über die Preisentwicklung. Im Zentrum der Beschwerden hat immer wieder die Deutsche Lufthansa mit ihren Töchtern gestanden. Wir wollen uns jetzt erst mal ansehen: Was ist bei den Preisen eigentlich passiert? Da reicht ja kein Gefühl, da reicht auch keine Momentaufnahme. Die Entwicklung von Preisen nachzuvollziehen ist alles andere als trivial. Sie müssen die Preissysteme verstehen und analysieren. Das ist sehr viel Detailarbeit. Da sind wir jetzt mittendrin. Auf dieser Grundlage werden wir dann entscheiden, ob wir ein Verfahren einleiten. Aber da gibt es weder eine Tendenz noch einen Zeitplan.

Seit einigen Wochen hat die Lufthansa auf wichtigen innerdeutschen Strecken durch Easyjet wieder Konkurrenz. Wäre ein Verfahren dadurch nicht obsolet?

Ich glaube nicht, dass ein Verfahren allein deshalb entbehrlich ist, weil jetzt bestimmte Strecken wieder von einem Wettbewerber bedient werden. Es sind ja auch nicht alle Strecken. Wir werden möglicherweise in Zukunft weiterhin Monopolstrecken haben. Da ist es nützlich für uns, die Preisgestaltung nachvollziehen zu können. Im besten Fall finden wir Parameter für die Frage, welche Preisanhebung wettbewerblich noch völlig in Ordnung ist.

Sie werden den Luftfahrtsektor also im Auge behalten?

Ja, wir bleiben da sicherlich dran.

Auch die Strukturen in der Milchbranche hatten Sie im vergangenen Jahr kritisiert. Hat sich dort etwas getan?

Wir finden dort einen sehr starren Markt vor, der wenig reagieren kann auf veränderte Nachfrage. Es gibt dort hundertprozentige Andienungspflicht der Landwirte und die hundertprozentige Abnahmepflicht der Molkerei. Außerdem gibt es dieses merkwürdige System, bei dem die Molkerei die Milch abnimmt, mit dem Lebensmitteleinzelhandel verhandelt, ihre Kosten hinterher abzieht und dann dem Landwirt auszahlt, was übrig ist. Der Erzeuger weiß in dem Moment, in dem die Molkerei die Milch abnimmt, nicht, wie viel er dafür bekommt. Es gibt noch andere Punkte, die wir kritisiert haben wie z. B. lange Vertragslaufzeiten und Kündigungsfristen. Wir haben jetzt aber Veränderungen gesehen, der Markt ist in Bewegung gekommen. Das Deutsche Milchkontor (DMK) hat seine Lieferbedingungen verändert und die Kündigungsfrist auf zwölf Monate halbiert. Daher haben wir das Musterverfahren gegen das DMK auch vor Kurzem eingestellt. Aber den Dialog mit der Branche und der Politik führen wir fort, und auch den Markt werden wir weiter beobachten.

Union und SPD arbeiten an einer neuen Großen Koalition. Wenn Sie im Koalitionsvertrag das Kapitel über das Kartellrecht schreiben dürften, was stünde drin?

So groß sind unsere Wünsche nicht, da bereits in der zurückliegenden Wahlperiode eine umfassende Gesetzesnovelle stattgefunden hat. Gleichwohl muss man über bestimmte Dinge immer wieder nachdenken. Ein Punkt wäre die Fusionskontrolle. Wir müssen uns die Kriterien ansehen, nach denen entschieden wird, wann eine Fusion geprüft wird. Auch mit Blick auf die großen Internetkonzerne stellen sich Fragen: Wann ist eine Plattform zwar nicht marktbeherrschend, aber doch so stark, dass zum Beispiel Händler von ihr abhängig sind? Was darf so eine mächtige Plattform, was darf sie nicht? Welche Rechte haben abhängige Händler? Ein Prüfauftrag im Koalitionsvertrag wäre hier nicht verkehrt. Der dritte Punkt ist das Thema Verbraucherschutz: Wir haben die Möglichkeit, Sektoruntersuchungen im Verbraucherschutz durchzuführen, aber wir haben bislang keine Möglichkeit, etwaige Defizite abzustellen. Da stellt sich die Frage, ob das Instrumentarium des Kartellamts geschärft werden muss.

Das Gespräch in voller Länge lesen Sie im Netz auf noz.de/interview

KOMPAKT

Mehr Geld für Paketzusteller

dpa **HANNOVER.** Paketzusteller und Beschäftigte im Speditions- und Logistikgewerbe in Niedersachsen bekommen künftig mehr Geld. Dies haben die Tarifverhandlungen ergeben, teilte die Gewerkschaft Verdi am Freitag mit. Demnach steigen die Löhne ab Februar um 3,5 Prozent und ab Januar 2019 um weitere 2,5 Prozent. Für Paketzusteller wird eine eigene Entgeltgruppe eingeführt, und die Löhne steigen in zwei Stufen um insgesamt 10,8 Prozent.

Britische Wirtschaft schwächelt

dpa **LONDON.** Großbritanniens Wirtschaft bekommt die Unsicherheiten rund um den Brexit zu spüren. Die Wirtschaftskraft ist 2017 so schwach gewachsen wie seit fünf Jahren nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugelegt, teilte das Statistikamt ONS mit. Zuletzt war es 2012 mit 1,5 Prozent niedriger gewesen. Seit dem Brexit-Votum im Juni 2016 ist das britische Pfund deutlich geschwächt, was die Inflation nach oben treibt.

Kryptowährungen unter Druck

dpa **FRANKFURT.** Die Kurse zahlreicher Kryptowährungen sind am Freitag unter Druck geraten. Zuvor hatte eine der größten Handelsplattformen in Japan Abhebungen von Kundengeldern gestoppt. Die Krypto-Börse Coincheck gab über Twitter bekannt, alle Abhebungen von Kundengeldern sowie den Handel mit allen Kryptowährungen außer Bitcoins gestoppt zu haben. Zudem würden keine Investitionen in die Kryptowährung NEM mehr angenommen, hieß es weiter.

Windenergieausbau: Niedersachsen vorne

dpa **HANNOVER.** Niedersachsen liegt beim Ausbau der Windenergie auch 2017 wieder auf Rang eins im Ländervergleich. Das teilte das Umweltministerium in Hannover unter Verweis auf Zahlen der Deutschen Windguard GmbH (Varel) mit. Danach wurden in Niedersachsen 485 Windenergieanlagen mit einer Leistung von zusammen 1436 Megawatt errichtet. Die weiteren Plätze belegten Nordrhein-Westfalen (870 Megawatt) und Schleswig-Holstein (552 Megawatt).

Weniger Falschgeld in Deutschland

Bundesbank registriert Rückgang – Experte: 50er wird bei Fälschern beliebt bleiben

Von Manuel Glasfort

OSNABRÜCK/MAINZ/FRANKFURT. Verbesserte Sicherheitsmerkmale der Euro-Scheine erschweren Geldfälschern das Handwerk. Zwar brachten Kriminelle im vergangenen Jahr weltweit rund 694 000 Euro-Blüten in Umlauf und damit etwa 1,5 Prozent mehr als 2016, wie die Europäische Zentralbank (EZB) am Freitag in Frankfurt mitteilte. Einen deutlichen Rückgang von 11,3 Prozent auf rund 72 900 Fälschungen gab es nach Angaben der Bundesbank aber in Deutschland.

„Seit der Einführung der Europa-Serie mit verbessertem Fälschungsschutz ist ein Rückgang der Falschgeldzahlen festzustellen, sagte Carl-Ludwig Thiele, im Vorstand der Bundesbank für Bargeld zuständig. Insbesondere die Zahl der 20-Euro-Blüten sei deutlich gesunken. „Auch die 50-Euro-Fälschungen sind bereits leicht zurückgegangen.“ Der überarbeitete Fünfziger war Anfang April 2017 ausgegeben worden. Der Zwanziger mit verbesserten Sicherheitsmerkmalen ging im November 2015 in Umlauf. Nun fehlen nur noch die verbesserten Versionen des 100-Euro- und 200-Euro-Scheins. Sie sollen im Laufe dieses Jahres ausgegeben werden.

Welcher ist der echte Schein? Beim oberen zeigt sich im Gegenlicht links das Wasserzeichen, das bei der Blüte unten fehlt. Foto: dpa

Große Hoffnungen auf die Europa-Serie setzt auch Sven Bertelmann, Leiter des Nationalen Analysezentrums für Falschgeld und beschäftigtes Bargeld (NAC) der Bundesbank in Mainz. Nach der Einführung des verbesserten 20ers sei die Zahl deutlich zurückgegangen. „Wir können nicht in die Zukunft schauen, aber wir sind guter Hoffnung, dass sich dieser Effekt auch bei den 50-Euro-Noten wiederholen wird. Dennoch wird der 50er wohl der am häufigsten gefälschte Schein bleiben“, sagte Bertelmann.

Bertelmann räumte ein, dass die Fälscher einfach die alte Serie weiter fälschen könnten. Allerdings würden die alten Scheine aus dem Verkehr gezogen und somit seltener. „Man schaut dann genauer hin, wenn man einen solchen Schein erhält. Die Scheine der ersten Serie zu fälschen wird somit nach und nach unattraktiv.“

Um Falschgeld zu erkennen, empfiehlt die Bundesbank, nach dem Schema „Fühlen, Sehen, Kippen“ vorzugehen. „Die Banknoten bestehen aus Baumwolle und sollten sich griffig und fest anfühlen. Nur die 5- und 10-Euro-Banknoten der Europaserie sind glatt und fest“, erläuterte Bertelmann. „Außerdem lassen sich Reliefs auf der Oberfläche ertasten.“ Durch Sehen und Kippen ließen sich weitere Merkmale prüfen. Die Bundesbank bietet auf ihrer Homepage Online-Schulungen für jedermann an. *(Mit dpa)*

Ein Interview mit Falschgeldspezialist Bertelmann lesen Sie auf noz.de/interview

IG Metall will letzten Einigungsversuch wagen

dpa/AFP **BERLIN.** Im Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie will die Gewerkschaft IG Metall einen letzten Einigungsversuch unternehmen. Der Vorstand der Gewerkschaft verzichtete am Freitag erst einmal darauf, die neuartigen Tages-Warnstreiks von bis zu 24 Stunden Dauer in Gang zu setzen. Im Gegenzug wird ein Ergebnis bis Samstagmittag erwartet. Dafür sollen die Verhandlungen im Pilotbezirk Baden-Württemberg am Freitagabend in Stuttgart fortgesetzt werden. Bei einem Scheitern der Gespräche könne der Vorstand die Tagesstreiks jederzeit in Gang setzen, sagte der Erste Vorsitzende Jörg Hofmann.

Im Zentrum des Konflikts steht die Gewerkschaftsforderung, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit für die Dauer von bis zu zwei Jahren auf 28 Wochenstunden reduzieren können.

Diese Gewerkschaftsforderung könnte die Volkswirtschaft nach Berechnungen von Experten gut einen halben Wachstumspunkt kosten. Wie das „Handelsblatt“ am Freitag unter Berufung auf Berechnungen des Instituts IW Consult berichtete, drohen in diesem Fall Bruttowertschöpfungsverluste in Höhe von 16 Milliarden Euro. Das entspreche 0,54 Prozent der Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft 2017.

Das IW Consult geht in seinen Berechnungen davon aus, dass die nach den Vorstellungen der IG Metall zur Reduzierung berechtigten Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen ihre Arbeitszeit um 3,5 Stunden pro Woche und Schichtarbeiter um zehn Tage im Jahr senken. Dann drohe allein in der Branche durch die gesunkene Produktion ein Verlust von elf Milliarden Euro.

PERSÖNLICH

Werner Stumpfe (Bild), langjähriger Metall-Arbeitgeberpräsident, ist am Donnerstag im Alter von 80 Jahren gestorben. Gesamtmetall-Präsident **Rainer Dulger** würdigte Stumpfe als „beeindruckende Persönlichkeit“. Als einziger Gesamtmetall-Präsident stand der Jurist von 1985 bis 1991 und von 1996 bis 2000 zweimal an der Spitze des Arbeitgeberverbandes. Das Credo von Stumpfe, wonach keine Seite der anderen etwas zumuten dürfe, von der sie weiß, dass es den anderen überfordert, sei eine bis heute anwendbare Maxime, so Dulger. Foto: dpa